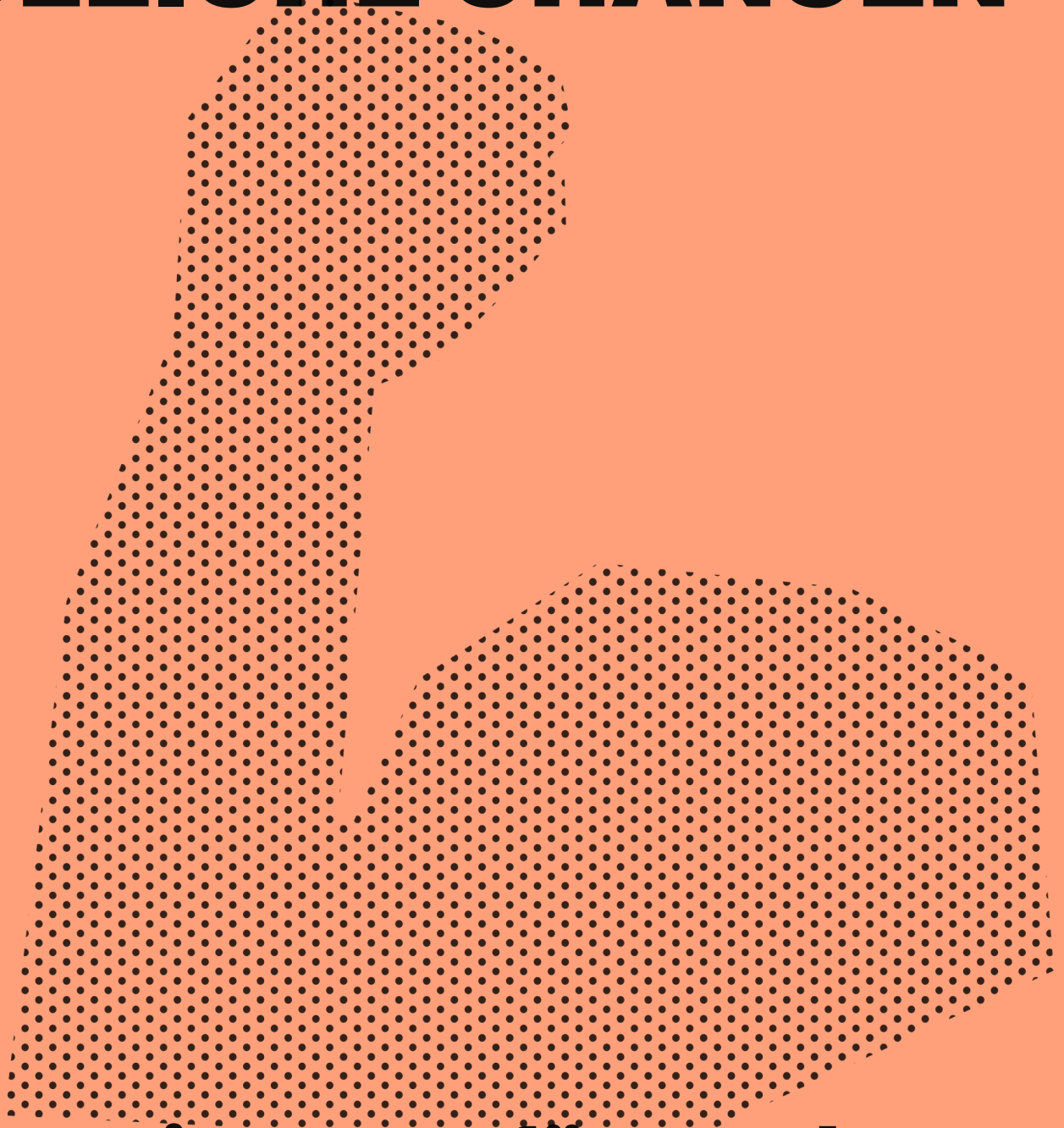


GLEICHE CHANCEN



**Ein Motor für Wachstum,
eine Säule der Stabilität.**

KURZFASSUNG

Wirtschaftliche Chancengleichheit ist ein hochwirksamer Hebel, um Armutsbekämpfung, gerechtes Wachstum und Stabilität weltweit zu stärken – und damit zentrale entwicklungspolitische Prioritäten der Bundesregierung zu erreichen. Trotz ihrer nachweislichen Wirkung bleibt dieses Potenzial bislang weitgehend ungenutzt.

Das Problem: Noch immer werden Frauen weltweit benachteiligt. Strukturelle Barrieren beschränken Millionen von Frauen systematisch im Zugang zu Einkommen, Kapital, Vermögenswerten und wirtschaftlicher Mitgestaltung.

- **Frauen verdienen weltweit im Durchschnitt nur 77 Prozent so viel wie Männer.** Das Schließen der Einkommenslücke über den Lebensverlauf könnte der **Weltwirtschaft zusätzliche 172 Billionen US-Dollar einbringen.**
- **Frauen verfügen global nur über zwei Drittel der Rechte von Männern;** weniger als die Hälfte der nötigen Umsetzungsmechanismen für Gleichstellung sind bislang etabliert.
- **Frauen sind überproportional in informeller, unsicherer und unbezahlter Arbeit tätig** und deutlich unterrepräsentiert in Führungspositionen, beim Vermögensbesitz und im Unternehmertum.

Die gute Nachricht: Frauen sind der Schlüssel für mehr Wirtschaftswachstum und gesellschaftliche Resilienz. Ihre wirtschaftliche Teilhabe steigert nicht nur Einkommen, sondern **verbessert nachweislich Ernährungssicherheit, Gesundheit und Bildung, stärkt soziale Kohäsion und erhöht die Widerstandsfähigkeit von Gesellschaften gegenüber Krisen und Konflikten.**

- Das Schließen geschlechtsspezifischer Lücken in Arbeitsmärkten und im Unternehmertum könnte das **globale BIP um über 20 Prozent erhöhen.**
- **In Afrika könnte Geschlechtergleichstellung bis 2043 ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von rund einer Billion US-Dollar ermöglichen. Das ist mehr als der gegenwärtige externe Schuldenstand aller afrikanischen Länder zusammen.** Zudem könnte es **bis zu 80 Millionen Menschen aus extremer Armut führen** – das entspricht etwa der Gesamtbevölkerung Deutschlands.
- Bereits eine gezieltere Ausrichtung bestehender Mittel kann große Wirkung entfalten: Die Zuweisung von **20 Prozent des deutschen Entwicklungsbudgets auf Projekte mit dem Ziel Geschlechtergleichstellung – etwa 0,15 Prozent des BIP – könnte die Gleichstellungslücke für nahezu fünf Millionen Menschen pro Jahr in aufstrebenden Volkswirtschaften schließen.**

Gleiche wirtschaftliche Chancen für Frauen sind eine der wirksamsten Investitionen in Stabilität, Wachstum und gerechte Gesellschaften und liegen damit im außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands. Vor diesem Hintergrund sollte Deutschland gezielt in wirtschaftliche Chancengleichheit investieren und die Entwicklungszusammenarbeit als starkes und verlässliches Instrument weiter stärken.

OHNE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT KEINE SICHERHEIT UND STABILITÄT

Geopolitische Spannungen, bewaffnete Konflikte, wirtschaftliche Unsicherheiten und der zunehmende Wettbewerb um Einfluss und Ressourcen prägen die Außenpolitik vieler Staaten – auch Deutschlands. In diesem Kontext wird internationale Entwicklungszusammenarbeit innerhalb eines sicherheits- und wirtschaftspolitischen Rahmens neu verhandelt und steht damit unter wachsendem politischen und finanziellen Druck. Dabei zeigt sich: Entwicklungszusammenarbeit ist Schlüssel für langfristige Stabilität, Förderung wirtschaftlicher Perspektiven, und um strukturelle Ursachen von Krisen, Konflikten und Ungleichheit anzugehen.

Die Bundesregierung hat dem Koalitionsvertrag ein tiefgreifendes Verständnis von Sicherheit unterlegt. Dabei erkennt sie an, dass diese untrennbar mit der Bewahrung einer regelbasierten internationalen Ordnung, der Geltung des Völkerrechts und der universellen Menschenrechte verbunden ist. Auch die UN-Generalversammlung hat zuletzt bekräftigt: Soziale Entwicklung und soziale Gerechtigkeit sind Voraussetzungen für Frieden und Stabilität.¹

Sicherheit wird nicht allein militärisch verstanden, denn Armut, Hunger und Ungleichheit sind zentrale Treiber von Instabilität, Fragilität und Konflikten. Analysen zeigen, dass beispielsweise Ernährungsunsicherheit als „Bedrohungsmultiplikator“ für Konflikte wirkt, insbesondere wenn sie durch wirtschaftliche Schocks verschärft wird² – dies kann politische Spannungen verstärken und das Risiko von Gewalt erhöhen. Niedrige wirtschaftliche Entwicklung und langsames Wachstum gehören zu den zuverlässigsten Frühindikatoren für den Ausbruch von Bürgerkriegen.³ Mit steigendem Pro-Kopf-Einkommen sinkt das Risiko für zivile Konflikte deutlich.

Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere Ansätze zur Förderung wirtschaftlicher Chancengleichheit, kann hier präventiv wirken – vor allem dann, wenn sie dazu beiträgt, Einkommen zu stabilisieren, wirtschaftliche Perspektiven zu schaffen und die Anfälligkeit für Krisen und Konflikte zu reduzieren. Verlässliche und langfristig ausgerichtete Ansätze können nicht nur das Risiko neuer Konflikte senken, sondern auch Rückfälle in Gewalt verhindern.⁴

Entsprechend verpflichtet sich die Bundesregierung, sich für die Bekämpfung von Ungleichheit zu engagieren und die internationalen Nachhaltigkeitsziele voranzubringen.⁵ **Entwicklungspolitik wird damit zu einem integralen Bestandteil deutscher Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik.**

WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT ALS SCHLÜSSEL - WENN CHANCEN GLEICH VERTEILT SIND

Wirtschaftliche Zusammenarbeit ist ein zentrales Instrument der Entwicklungszusammenarbeit, um Einkommen zu schaffen, Beschäftigung zu fördern, lokale Märkte zu stärken und wirtschaftliche Resilienz aufzubauen. Sie **adressiert damit unmittelbar zentrale Ursachen von Instabilität, Fragilität und Konflikten, indem sie wirtschaftliche Perspektiven eröffnet und Abhängigkeiten reduziert.**

Die Bundesregierung setzt wirtschaftliche Zusammenarbeit als strategischen Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit, sowohl im Koalitionsvertrag als auch im BMZ-Reformplan.⁶



Wirtschaftliches Wachstum ist wesentliche Grundlage für Wohlstand, soziale Sicherheit und eine nachhaltige, gerechte und friedliche Entwicklung.

– BMZ Reformplan 2026



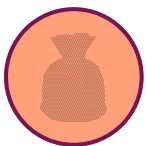
Entscheidend für die Wirkung wirtschaftlicher Zusammenarbeit ist, ob alle Bevölkerungsgruppen gleichberechtigt an wirtschaftlichen Chancen teilhaben können. **Gesellschaften, in denen alle Menschen gleichen Zugang zu Einkommen, Arbeit und wirtschaftlicher Mitgestaltung haben, sind produktiver, widerstandsfähiger gegenüber Krisen und weniger konfliktanfällig**, wie Weltbank⁷ und IMF⁸ Genderstrategien belegen. Investitionen in wirtschaftliche Teilhabe stärken lokale Märkte, schaffen Perspektiven und tragen zur Stabilisierung fragiler Kontexte bei.⁹ Beispiele aus Ost- und Westafrika verdeutlichen diese Wirkung.

Ein wirtschaftliches Förderprogramm von Women for Women International in der Demokratischen Republik Kongo zeigt, dass Investitionen in die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen selbst in einem anhaltenden Konfliktkontext messbare Effekte haben.¹⁰ Durch Startkapital und Schulungen zu Rechten, Entscheidungsfindung und Verhandlung **stiegen Haushaltseinkommen und Vermögenswerte signifikant.** Gleichzeitig **gewannen Frauen größere Autonomie bei Entscheidungen im Privathaushalt**, und unter den teilnehmenden Familien **erhöhte sich die Rate der Kinder, die zur Schule gehen um fünf Prozentpunkte.**

In ländlichen Regionen Westkenias arbeitet Awuoth Widows and Orphans, eine lokale frauengeführte Gemeinschaftsorganisation daran, Gemüse gemeinsam zu produzieren und zu vermarkten.¹¹ Durch den Einsatz von solarbetriebenen Trocknungs- und Kühltechnologien konnten **Ernteaufträge reduziert, Einkommen stabilisiert und neue Arbeitsmöglichkeiten geschaffen** werden. Die zusätzlichen und verlässlicheren Einkommen **stärken die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der Haushalte gegenüber preisschwankenden Agrarmärkten und klimatischen Schocks**.

Diese Beispiele zeigen, dass **gleichberechtigte wirtschaftliche Teilhabe nicht nur Einkommen und Produktivität steigert, sondern auch die Resilienz von Haushalten und Gemeinschaften gegenüber Krisen stärkt**. Vor diesem Hintergrund bekennt sich die Bundesregierung im Koalitionsvertrag ausdrücklich zur Förderung von Mädchen und Frauen und verankert diesen Anspruch im BMZ-Reformplan mit einem Ansatz, der auf gleiche Rechte, gleichen Ressourcenzugang und gleichberechtigte wirtschaftliche Teilhabe für alle abzielt.

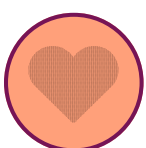
Die Wirkung ist multiplikativ: **Investitionen in die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen steigern nicht nur Einkommen, sondern wirken sich positiv auf Gesundheit, Bildung, Ernährungssicherheit und soziale Kohäsion aus** – allesamt zentrale Faktoren für langfristige Stabilität:



Das Schließen geschlechtsspezifischer Lücken in Arbeitsmärkten und im Unternehmertum weltweit könnte das **globale BIP um mehr als 20 Prozent steigern**.¹²



In Afrika könnte die Erreichung von Geschlechtergleichstellung bis 2043 **zusätzliche 1 Billion US-Dollar an Wirtschaftsleistung generieren und 80 Millionen Menschen aus extremer Armut führen**.¹³ Diese wirtschaftlichen Erträge wären groß genug, um den **gesamten aktuellen externen Schuldenstand des Kontinents mehr als einmal zu decken**.¹⁴



Haushalte, in denen Frauen mehr Kontrolle über Einkommen und Ressourcen haben, **investieren einen größeren Anteil in familiäre Grundbedürfnisse wie Bildung und Gesundheit**.¹⁵ Dies fördert nicht nur das individuelle Wohlergehen, sondern auch langfristiges Wachstum, da Bildung eng mit Produktivität und ökonomischer Stabilität verknüpft ist.

Deutsche Entwicklungszusammenarbeit schafft wirtschaftliche Chancen für Frauen in Ghana

“Invest for Jobs” ist eine Initiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Unternehmen dabei unterstützt, in Afrika Arbeitsplätze zu schaffen und nachhaltige Beschäftigung zu fördern.¹⁶ Ziel der Initiative ist es, gemeinsam mit dem Privatsektor gute Arbeitsplätze zu schaffen, Arbeitsbedingungen zu verbessern und soziale Absicherung in den afrikanischen Partnerländern zu stärken. Bis Juni 2025 hat die Sonderinitiative über 90.000 Jobs geschaffen. Sie trägt damit zur Umsetzung des G20 Compact with Africa, der Afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung¹⁷, sowie der BMZ-Afrika-Strategie¹⁸ bei.

Zusatzeinkommen und Resilienz für Frauen in ländlichen Gemeinden

Im Rahmen des *Farmers Resilient Package* Projekts erhielten Cashew-Bäuerinnen in der Region Ahafo Schulungen zur **Bienenzucht als zusätzliche Einkommensquelle**.¹⁹ Nyin Akua Mina, Mutter von vier Kindern, konnte nach Abschluss der Schulung mit Honigproduktion ihr **Haushaltseinkommen steigern und damit die Krankenpflegeausbildung ihrer ältesten Tochter finanzieren**. Durch ihren Erfolg motivierte sie weitere Frauen, ebenfalls in die Imkerei einzusteigen. Das Projekt zielt darauf ab, **neue Beschäftigungsmöglichkeiten für mindestens 100 Cashew-Bäuerinnen** zu schaffen und so die wirtschaftliche Resilienz ländlicher Gemeinden zu stärken.

Shea-Wertschöpfung: Frauen stärken, private Investitionen mobilisieren

Ein weiteres Invest for Jobs“-Projekt in Nordghana **unterstützt Shea-Sammlerinnen und Kooperativen beim Kapazitätsaufbau**.²⁰ Mehr als 2.500 Frauen wurden in qualitativ hochwertiger Shea-Verarbeitung und Kooperativführung geschult; Marktverknüpfungen mit lokalen und europäischen Unternehmen eröffneten neue Absatzmöglichkeiten. **Private Unternehmen beteiligten sich mit rund 638.000 US-Dollar**²¹ an der Finanzierung von Lagerhäusern, Ausrüstung und Vorverarbeitungstechnologien. Das Beispiel zeigt, wie **öffentliche Entwicklungsfinanzierung private Investitionen mobilisiert, Risiken reduziert und nachhaltige Wertschöpfungsketten schafft** – mit messbaren Auswirkungen für Frauen. Im Rahmen der Initiative werden rund 5.000 Frauen geschult, etwa 24.000 Frauen profitieren von verbesserten Arbeitsbedingungen, und rund 2.500 neue Arbeitsplätze werden geschaffen.

WIRTSCHAFTLICHE CHANCENUNGLEICHHEIT ALS STRUKTURELLE WACHSTUMSBREMSE

Wirtschaftliche Geschlechtergleichstellung ist ein hochwirksamer Hebel, um Armutsbekämpfung, wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheit gleichzeitig zu stärken – und damit zentrale Prioritäten der Bundesregierung umzusetzen. Doch trotz ihrer nachweislichen positiven Effekte bleibt dieses Potenzial weitgehend ungenutzt.



Das Wissen, die Kreativität und die Wirtschaftskraft von Frauen sind ein unzureichend genutztes Potenzial.

– BMZ Gender Aktionsplan



Wirtschaftliche Teilhabe und Chancen gehören weltweit, neben politischer Teilhabe, zu den Bereichen mit den **größten geschlechtsspezifischen Ungleichheiten**. Strukturelle Barrieren schränken den Zugang von Millionen von Frauen zu Arbeit, Kapital, Vermögenswerten und wirtschaftlicher Autonomie systematisch ein.



Frauen sind **überproportional in informeller, unsicherer und unbezahlter Arbeit vertreten** und unterrepräsentiert in Führungspositionen, beim Vermögensbesitz und im Unternehmertum.



Im Durchschnitt **verdienen Frauen weltweit nur 77 Cent für jeden Dollar, den Männer erhalten**. Das Schließen der Einkommenslücke über den Lebensverlauf könnte der Weltwirtschaft **zusätzliche 172 Billionen US-Dollar** einbringen – nahezu das Doppelte des globalen Bruttoinlandsprodukts.²²



Frauen sind mit **rechtlichen und regulatorischen Barrieren sowie sozio-kulturellen Normen** konfrontiert, die es ihnen erschweren, Bankkonten zu eröffnen, Verträge zu unterzeichnen, Unternehmen zu registrieren, Vermögenswerte zu erben oder gleichberechtigt Kredite aufzunehmen.



Weltweit verfügen Frauen im Durchschnitt über **nur zwei Drittel der Rechte von Männern**; zudem haben Staaten bislang **weniger als 50 Prozent der Systeme aufgebaut, die für eine vollständige Umsetzung** erforderlich sind.²³

Wenn Frauen systematisch vom Zugang zu Arbeit, Kapital, Unternehmertum und Vermögenswerten ausgeschlossen sind, bleiben nicht nur individuelle Lebensperspektiven eingeschränkt – ganze Wirtschaftssysteme schöpfen ihr Potenzial nicht aus. Fehlende Teilhabe hemmt Innovation, senkt Produktivität und lässt wichtige Talente ungenutzt. Gleichzeitig verschärft sie soziale Ungleichheiten, schwächt die Resilienz von Gemeinschaften und erhöht die Anfälligkeit für Krisen und Konflikte.

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT ALS KATALYSATOR FÜR VERÄNDERUNG

Entwicklungszusammenarbeit kann diese strukturellen Lücken gezielt adressieren. Sie finanziert und ermöglicht, was Märkte und inländische Mittel nicht allein in ausreichendem Umfang leisten können: politische und rechtliche Reformen, institutionellen Kapazitätsaufbau und langfristige systemische Veränderungen.

Viele der größten Hemmnisse für die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen – diskriminierende Gesetze, unzureichende Rechtsdurchsetzung, eingeschränkter Zugang zu Justiz, Ausschluss aus Finanzsystemen, unbezahlte Sorgearbeit und Datenlücken – **erfordern nachhaltige öffentliche Finanzierung, politisches Engagement und langfristige Partnerschaften.**

Entwicklungszusammenarbeit kann dabei eine katalytische Rolle spielen durch:

- **Risikominderung bei Reformen und Innovationen:** Beteiligung an den finanziellen, technischen und politischen Kosten für die Einführung und Umsetzung transformativer politischer Maßnahmen.
- **Ermöglichung zusätzlicher Investitionen:** Stärkung von Gesetzen, Institutionen und Marktinfrastrukturen, sodass inländische und private Investitionen Frauen und frauengeführten Unternehmen zugutekommen.
- **Erreichen der am stärksten marginalisierten Gruppen,** einschließlich Frauen in fragilen, von Konflikten betroffenen und einkommensschwachen Kontexten, wo inländische Ressourcen und privates Kapital am knappsten sind, die Wirkung von Entwicklungsprogrammen aber besonders hoch ist.

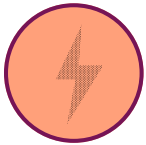
Dabei wird das notwendige Investitionsvolumen häufig überschätzt. Alleine die gezielte Umverteilung bereits bestehender Mittel können große Wirkung entfalten: Laut UNCTAD-SDG-Kostenmodell erfordert die Erreichung von Geschlechtergleichstellung rund 1.383 US-Dollar pro Person und Jahr in 48 aufstrebenden Volkswirtschaften.²⁴



Die Zuweisung von 20 Prozent des deutschen Entwicklungsbudgets auf Projekte mit dem Ziel Geschlechtergerechtigkeit – etwa 0,15 Prozent des BIP – könnte die Gleichstellungslücke für nahezu 5 Millionen Menschen pro Jahr schließen.²⁵

FORDERUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG

Gleiche wirtschaftliche Chancen für Frauen sind ein strategischer Schlüssel für Stabilität, Wachstum und Sicherheit. Entwicklungszusammenarbeit bietet der Bundesregierung ein wirksames Instrument, um mit begrenzten öffentlichen Mitteln maximale politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Wirkung zu erzielen. Dafür fordern wir:



Verlässliche Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit sicherstellen.

Festlegung eines verbindlichen, transparenten Plans zur dauerhaften Erreichung des internationalen 0,7-Prozent-Ziels des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungsleistungen (ODA).



Erhöhung des Anteils öffentlicher Entwicklungsmittel, die der Geschlechtergerechtigkeit gewidmet sind, sodass mindestens 20 Prozent

der ODA für Projekte verwendet werden, bei denen Geschlechtergerechtigkeit das Hauptziel ist. Ohne gezielte Finanzierung bleibt Geschlechtergerechtigkeit ein rhetorisches Ziel statt eines Instruments für Wachstum und Entwicklung.



Gezielte Zusammenarbeit mit frauengeführten Organisationen vor Ort. Die

finanzielle Unterstützung muss direkter, langfristiger und flexibler erfolgen. Denn: Diese Akteure kennen die strukturellen Hürden vor Ort und können politische Reformen in konkrete wirtschaftliche Chancen für Frauen übersetzen.



Festlegung klarer, messbarer Ziele für die Finanzierung von Geschlechtergerechtigkeit und frauengeführten Organisationen, sowie regelmäßige, öffentliche Veröffentlichung der Finanzierungsdaten. Denn was nicht gemessen wird, kann nicht verbessert werden.

Diese Punkte sollten sowohl in den haushaltspolitischen Entscheidungen des Bundestages als auch in der weiteren Ausgestaltung der Reformagenda des BMZ berücksichtigt werden.

Endnoten

1. UN-Generalversammlung, A/RES/80/178, 22. Dezember 2025, <https://docs.un.org/en/A/RES/80/178>.
2. Chase Sova und Eilish Zembilci, "Dangerously Hungry: The Link between Food Insecurity and Conflict", Center for Strategic and International Studies, 21. April 2023, <https://www.csis.org/analysis/dangerously-hungry-link-between-food-insecurity-and-conflict>.
3. Kiel Institute for the World Economy, "Kiel Working Papier, Identifying Mutual Interests: How Donor Countries Benefit from Foreign Aid", Juni 2025, https://www.kielinstitut.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/fis-import/fba18f7e-502b-471a-acda-47fbcbb3faa5-KWP_2291.pdf.
4. Ibid.
5. CDU, CSU und SPD, "Verantwortung für Deutschland", Koalitionsvertrag, 21. Legislaturperiode", Mai 2025, https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf.
6. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, "Zukunft Zusammen Global Gestalten", Januar 2026, <https://www.bmz.de/resource/blob/282486/reformplan-zukunft-zusammen-global-gestalten.pdf>.
7. Weltbank, "Gender Strategy 2024–2030: Accelerate Gender Equality to End Poverty on a Livable Planet", 2023, <https://documents.worldbank.org/en/publication/documents-reports/documentdetail/099061124182033630>.
8. Internationaler Währungsfonds (IMF), "Interim Guidance Note on Mainstreaming Gender at the IMF", Dezember 2023, <https://www.imf.org/-/media/files/publications/pp/2024/english/pp2024003.pdf>.
9. Weltbank, "The State of Economic Inclusion Report 2024", 2024, <https://documents.worldbank.org/en/publication/documents-reports/documentdetail/099021025163524784>.
10. Women for Women International, "Impact Evaluation of Women for Women International's Economic and Social Empowerment Program in the Democratic Republic of Congo", 2020, <https://www.womenforwomen.org/impact-evaluation-democratic-republic-congo>.
11. Grace Wafuba, "Kisumu turnaround as solar energy impacts agriculture value chain", KBC, 13. Februar 2026, <https://www.kbc.co.ke/kisumu-turnaround-as-solar-energy-impacts-agriculture-value-chain/>.
12. Weltbank, "Women, Business and the Law 2026: Benchmarking Laws for Jobs and Equal Growth", Februar 2026, <https://wbl.worldbank.org/en/wbl>.
13. Kouassi Yeboua und Jakkie Cilliers, "Gender", ISS African Futures, Februar 2026, <https://futures.issafrica.org/thematic/16-gender/>.
14. Afrikanische Länder wiesen im Jahr 2024 externe Schulden in Höhe von 707,9 Milliarden US-Dollar gegenüber ausländischen Kreditgebern auf. Quelle: ONE, African Debt Analysis, <https://data.one.org/analysis/african-debt>.
15. David E. Bloom, Michael Kuhn, und Klaus Prettnner, "Invest in Women and Prosper", IMF Finance & Development, September 2017, Vol. 54, No. 3, <https://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2017/09/bloom.htm>.
16. Invest for Jobs: <https://invest-for-jobs.com>
17. Auswärtiges Amt, "Gemeinsam Partnerschaften gestalten in einer Welt im Wandel: Afrikapolitische Leitlinien der Bundesregierung", Januar 2025, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/afrika/leitlinien-afrika-205684>.
18. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, "Gemeinsam mit Afrika Zukunft gestalten: Die Afrika-Strategie des BMZ", Januar 2023, <https://www.bmz.de/de/laender/bmz-afrika-strategie>.
19. Invest for Jobs, "People and Stories: Fighting Poverty with Bees", 14. Dezember 2021, <https://invest-for-jobs.com/menschen-und-geschichten/nyin-akua-fighting-poverty-with-bees>.
20. Invest for Jobs, "People and Stories: Trainings for a shea collector in Ghana", 09. August 2021, <https://invest-for-jobs.com/en/people-and-stories/comfort-bugri>.
21. Zur Vereinheitlichung der Währungsangaben umgerechnet. 1 EUR ≈ 1,1 USD; Ausgangsbetrag: 580.000 EUR.
22. Weltbank, "How Large Is the Gender Dividend? Measuring Selected Impacts and Costs of Gender Inequality", 3. März 2020, <https://openknowledge.worldbank.org/entities/publication/e12347f9-c164-54b0-9c8b-cb47115ed0ef>.
23. Weltbank, "Women, Business and the Law 2026".
24. Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD), "The costs of achieving the SDGs: Gender equality", Februar 2023, <https://unctad.org/sdg-costing/gender-equality>.
25. Ausgehend von deutschen ODA-Ausgaben in Höhe von 30 Mrd. EUR (2024) entspräche eine Zielausrichtung von 20 Prozent rund 6 Mrd. EUR jährlich bzw. etwa 6,6 Mrd. USD bei einem Wechselkurs von 1 EUR ≈ 1,1 USD. Auf Basis der von UNCTAD geschätzten Kosten von 1.383 USD pro Person und Jahr zur Förderung geschlechterbezogener Entwicklungsziele ergibt sich daraus ein Potenzial von etwa 4,8 Millionen Menschen pro Jahr.

ONE.ORG

Autorin:

Ezgi Akarsu
Senior Advocacy Coordinator, Gender Equality
ezgi.akarsu@one.org

The ONE Campaign gGmbH

Luisenstraße 40 10117 Berlin,
Germany +49 (0) 30 319891 570

